



Weckruf gegen Hunger und Armut. Politik muss Wort halten!

Liebe Mitglieder des National- und Ständerates

Die jahrelange erfolgreiche Aufbauarbeit der Schweiz im Kampf gegen Hunger und Armut ist in Gefahr: Der Bundesrat setzt bei der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit kräftig den Rotstift an. Dabei hat unsere Regierung mehrmals versprochen, 0,7% unseres Nationaleinkommens für Entwicklung einzusetzen. Es ist unerträglich, wenn unser reiches Land bei der langfristigen Armutsbekämpfung spart, obwohl Tag für Tag Menschen durch fehlende Perspektiven in die Flucht getrieben werden. Nicht nur in akuter Not soll die Schweiz präsent sein, es gehört auch zur humanitären Tradition, dass wir uns beim Aufbau gerechter Gesellschaften und bei der Gestaltung von Rechtsstaatlichkeit engagieren und den weltweiten Kampf für ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Würde unterstützen.

Statt am falschen Ort zu sparen, muss die Schweiz mithelfen, die Uno-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, zu denen sich der Bundesrat im Herbst 2015 bekannt hat.

Der Bereich OeME-Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn unterstützt diesen Aufruf von Alliance Sud, der momentan von über 30 Hilfswerken (auch von BFA, HEKS) und NGOs (Nichtregierungsorganisationen) lanciert wird.

Wir ermutigen Sie, den kurzen Text zu unterschreiben. Die gesammelten Unterschriften sollen dem Nationalrat übergeben werden, der in der Sommersession über einer weiteren Kürzung der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit befindet.

Hier können Sie unterschreiben: <http://www.weckruf-armut.ch>